Nr. 294 19. Jahrg.

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, 22. Dezember 1920

Fernsprecher 21366
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 14797

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 10.20 M Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M. Familienanzeigen 1.30 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Restlos!

Restlose Forderungen werden heute von den verschiedensten Seiten aufgestellt. Von rechts und von links. Nicht mit Unrecht hat, wie wir gestern mitgeteilt haben, das Mitglied des Deutschen Reichswirtschaftsrates Herr Georg Bernhard von der „Vossischen Zeitung" das als die Diktatur der Phrase bezeichnet. Wir werden nicht eher zu besseren Verhältnissen wieder kommen, als bis diese Diktatur der Phrase überwunden ist, und bis man einsieht, daß man auf die Dauer nicht gegen einander, sondern nur miteinander leben kann und leben muß.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß auch die Krisis gewürdigt werden, die jetzt in der Deutschnationalen Partei ausgebrochen ist. Der Herr Abgeordnete von Gräfe-Goldebe soll seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei erklärt haben und soll im Verfolg dessen beabsichtigen, auch sein Reichstagsmandat niederzulegen. Der Grund dazu ist folgender: Ein deutschnationaler Redner hatte anerkannt, daß der leider ausscheidende Staatssekretär Moesle der beste Kenner im Finanzministerium ist. Diese Aeußerung hat dem Abgeordneten von Gräfe einiges Unbehagen verursacht und er hat sich bemüßigt gefühlt, zu rufen: „Na, da gehört ja nicht viel dazu!" Diese Bemerkung hat der gerade amtierende deutschnationale Vizepräsident Dietrich als ungehörig bezeichnet und daraus ist der Konflikt entstanden. Es wird allerdings behauptet — und diese Behauptung hat sehr viel für sich —, dieser Zwischenfall bilde nur den äußeren Anlaß zum Austritt des Abgeordneten von Gräfe aus der Deutschnationalen Fraktion. Sei dem nun, wie ihm wolle, jedenfalls zeigt der Vorgang, daß die v. Gräfe-Wulle-Richtung in der Deutschnationalen Partei jeder objektiven Anerkennung abhold ist. Staatssekretär Moesle gehört der Zentrumspartei an und deshalb darf eben nun einmal seine außerordentliche Sachkenntnis auf finanziellem Gebiete nicht gewürdigt werden. Die genannten Herren gehören zu der Richtung, welche nicht für eine sachliche, sondern für eine restlose Bekämpfung des politischen Gegners eintreten. Es waren ja auch die Deutschnationalen auf der einen Seite und die Kommunisten auf der anderen Seite, die gegen die raschere Erhebung des Reichsnotopfers gestimmt haben. Alle übrigen Parteien sind im Reichstage dafür eingetreten. Selbst wenn man über die Art des Reichsnotopfers zugestandenermaßen verschiedener Ansicht sein kann, so muß doch ebenfalls zugegeben werden, daß bei der gegenwärtig äußerst kritischen Lage nichts unversucht bleiben darf, um den Gang der Notenpresse einzuschränken. Gleich den Kommunisten haben sich auch hier die Deutschnationalen jeder politischen Verantwortung entzogen. Daß wir mit diesem rein agitatorischen Standpunkt, mit diesem Schrei nach der restlosen Erfüllung von Forderungen den Staatskarren nicht vorwärts bringen können, braucht nicht mehr besonders betont zu werden.

Dem sächsischen Landtage liegt eine unheimliche Fülle von Anträgen vor, die ebenfalls zum großen Teile, ja man kann wohl sagen zum größten Teile, rein agitatorischen Motiven entsprungen sind. Am 7. Dezember ist der Landtag zusammengetreten. Bis zum heutigen Tage ist die Zahl der Anträge auf 45 gestiegen. Dabei sind die in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe der Regierung noch nicht mitgerechnet. Wie auf solcher Grundlage ein gedeihliches Arbeiten möglich sein soll, ist nicht ersichtlich. Wenn je, dann sollte hier der Satz gelten, daß sich in der Beschränkung der Meister zeigt. Von einer solchen weisen Mäßigung ist aber wenig zu spüren. Die Befriedigung, agitatorisch tätig zu sein, scheint auch in Sachsen eine restlose Forderung einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Politikern zu entspringen. Es ist neulich der Wunsch ausgesprochen worden, daß es gelingen möchte, die Arbeiten der ersten Session des Landtages bis spätestens Mitte Juni zu erledigen, damit der Landtag nicht auch noch den ganzen Sommer über in Dresden sitzen muß. Es ist nicht mit Unrecht dieser Wunsch auch mit dem Hinweis auf finanzielle Gründe ausgesprochen und der Standpunkt der Sparsamkeit dabei betont worden. Nun hat aber die Regierung bereits eine große Anzahl wichtiger Gesetzentwürfe in Aussicht gestellt. Nimmt man dazu noch etwa die 45 bis jetzt vorliegenden Anträge, so ist ein Ende, ist vor allem ein gesundes Arbeiten nicht zu ersehen, wenn das Parlament weiter mit einer solchen Fülle von Anträgen beglückt wird. Das ist um so mehr zu berücksichtigen, wenn man mit der Möglichkeit rechnen muß, daß von der Redefreudigkeit auch bei der Besprechung solcher Anträge etwa in dem Verhältnis des Ausmaßes der politischen Aussprache der letzten Woche Gebrauch gemacht wird.

Zum ersten Male befindet sich im sächsischen Landtage eine kommunistische Fraktion, die aus neun Abgeordneten besteht. Von den 45 Anträgen stammen nicht weniger als wie 13 von dieser neuen Fraktion. Diese Fraktion scheint die Absicht zu haben, der Regierung so viel als möglich Schwierigkeiten zu bereiten. Niemand wird sich darüber wundern. Denn die kommunistische Partei hat von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nur aus agitatorischen Gründen überhaupt sich an der Wahl beteiligt hat. Schon aus diesen Anträgen ist ersichtlich, daß die jetzige Regierung wenig Freude von denen erleben wird, denen sie ihren Lebensatem verdankt und auf die allein sie sich stützen muß. Besonders bemerkenswert ist aber gerade auch bei dieser Fraktion, daß sie nur restlose Forderungen aufstellt.

Am 14. Dezember hat sie einen Antrag zum Bergarbeiterstreik in Sachsen eingebracht, der ja nun durch die neuesten Ereignisse bereits illusorisch geworden ist. Trotzdem verlohnt es sich nochmals auf diesen Antrag zurückzukommen. Danach sollte der Landtag beschließen, die Regierung habe sofort zu verfügen, daß die Forderungen restlos bewilligt werden. Eine weitere Forderung auf restlose Bewilligung ist in dem Punkt 6 des Antrages gegeben, wonach „die Grubenbesitzer, die sich der Lohnerhöhung, der Preisfestsetzung unter entscheidender Mitwirkung der Zechenräte und der Einführung der Sechsstundenschicht widersetzen, ohne Entschädigung zu enteignen sind." Dabei ist ein großer Teil der Gruben heute bereits im Besitze des sächsischen Staates. Bei einer Reihe von anderen Grubenbesitzern ist amtlich festgestellt, daß sie mit Verlust arbeiten. Aber was kümmert das die Kommunisten! Sie stellen eben restlose Forderungen auf. Hier trifft das Wort zu, das in diesen Tagen Reichskanzler Fehrenbach geschrieben hat: Wir würden Not leiden an allen Ecken und Enden und dabei wird statt des Ausbaues der Wirtschaft von kleinen Gruppen mit verführerischen, aber falschen Argumenten ihre Zerstörung organisiert unter dem Schlagwort der Diktatur des Proletariats.

Unter den anderen Anträgen der Kommunisten befindet sich einer, wie schon mitgeteilt, der die Regierung ersuchen soll, „eine Vorlage über die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule einzubringen, damit die Reichsregierung veranlaßt wird, ihre Verordnungen, die sich in diesem Falle in die einzelstaatlichen Verhältnisse einmischen, zu beseitigen". Man darf einigermaßen gespannt sein, wie sich die Regierung von Kommunisten-Gnaden auf der einen Seite und wie sich die beiden sozialistischen Parteien auf der anderen Seite zu diesem unglaublichen Antrage stellen werden. Glauben die Kommunisten wirklich, daß sie die Reichsregierung veranlassen können, ihre Verordnungen zu beseitigen? Wir dürfen vielleicht die Kommunisten bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß es sich in der Angelegenheit des Religionsunterrichtes nur um Verordnungen der Reichsregierung insoweit handelt, als solche infolge der Reichsverfassung notwendig geworden sind. Es müßten also nicht die Verordnungen der Reichsregierung beseitigt, sondern es müßte die Reichsverfassung geändert werden. Es gehört wirklich ein starkes Stück dazu, einen solchen Antrag jetzt überhaupt einzubringen. Wir dürfen vielleicht weiter darauf hinweisen, daß bis jetzt immer alle sozialistischen Parteien die Schaffung des Einheitsstaates als ihr Ideal angesehen haben. Nun paßt ihnen aber die Regelung der Schul- und Kirchenfragen durch das Reich nicht, und sofort laufen sie Sturm auf Beseitigung von „Verordnungen, die sich in diesem Falle in die einzelstaatlichen Verhältnisse einmischen."

Nach dem, was wir am letzten Freitag im Landtage von dem neuen Kultusminister Fleißner gehört haben, muß damit gerechnet werden, daß er vielleicht auch dem kommunistischen Antrag mit einiger Sympathie gegenüber stehen wird. In diesem Zusammenhang möchten wir, nachdem nun die politische Aussprache im Landtage in der offiziösen Landtagsbeilage zur „Sächsischen Staatszeitung" (Nr. 5) veröffentlicht ist, auch noch einmal kurz auf die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Arzt zurückkommen. Herr Arzt erklärt, auch er und seine Freunde wüßten den Wert einer Konfession zu schätzen, auch sie ständen auf dem Standpunkte, daß jeder Mensch sich eine Konfession, ein Bekenntnis erringen müsse, aber, so fuhr er wörtlich fort:

„... Kinder sind für ein Bekenntnis noch nicht reif; Kind ist Kind, und eine konfessionelle Schule ist ein Barbarismus, ein Versinken in einen Zustand des Dreißigjährigen Krieges, den wir endlich überwunden haben müßten."

Wir sind Anhänger der konfessionellen Schule und es ist in diesen Spalten so oft der Wert und die Bedeutung der konfessionellen Schule hervorgehoben worden, daß wir heute nicht mehr näher darauf einzugehen brauchen. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß Herr Arzt zwar zugibt, daß jeder Mensch sich eine Konfession, ein Bekenntnis erringen müsse, daß er aber die Voraussetzung für die Erringung dieses Bekenntnisses, die konfessionelle Schule, als einen Barbarismus zu bezeichnen sich erkühnt. Gerade Herr Arzt hat doch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die ausgesprochene sozialistische Schule wünscht. Daran gemessen, erscheint die Behauptung des Herrn Arzt nur um so unverständlicher. Diese Auffassung im Landtag ist eine offene Kampfansage an die konfessionelle Schule, eine Kampfansage an die Freiheit der Erziehungsberechtigten, welche blitzlichtartig die Situation beleuchtet.

Wenn wir so sehen, wie die Forderungen auf restlose Befriedigung der verschiedenartigsten Wünsche rücksichtslos ausgesprochen werden, so darf auch das christliche Volk einmal eine Forderung aufstellen, deren restlose Durchführung gewährleistet werden muß. Diese restlose Forderung ist aber nicht etwa identisch mit den Forderungen, die ohne Rücksicht auf die Meinung des Nächsten erfolgen. Was das christliche Volk restlos fordern wird und fordern muß, ist nichts anderes als die Durchführung der Reichsverfassung. Wenn wir so an der Reichsverfassung, d. h. in diesem Falle, an dem kulturellen Programm der Reichsverfassung, festhalten, dann ist das nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht. Die Reichsverfassung läßt gerade auf diesem Gebiete weitesten Spielraum auch für Andersdenkende. Die Reichsverfassung will nur, daß der Wille der Erziehungsberechtigten gewahrt wird, der Wille der Erziehungsberechtigten auch in dem Falle, wenn sie ihre Kinder in die konfessionelle Schule schicken wollen, wenn sie ihren Kindern Religionsunterricht erteilen lassen wollen. Wahrung der Reichsverfassung und nichts anderes, das ist die Forderung der Christlichen Volkspartei, des Zentrums, die wir allerdings restlos durchgeführt wissen wollen.

hst.

Brief eines Oberschlesiers

Kattowitz, 19. Dezember.

Jetzt sind nahezu sieben Jahre verflossen, seit ich das letzte Mal in der Heimat weilte. Was hat sich in dieser Zeit alles ereignet! Als ich damals an der berühmten Dreikaiserecke stand, noch begeistert von der erhebenden Jahrhundertfeier, die mich nach Breslau geführt hatte, da hätte ich nicht gedacht, daß bei meinem nächsten Besuche keiner der drei Kaiser mehr die Krone tragen würde: der Hohenzoller und der Habsburger als Flüchtlinge fern von ihren Ländern, der dritte, der sich in den revolutionären Weltbrand hatte hineinreißen lassen, jämmerlich hingemordet von den eigenen früheren Untertanen.

Wiederum stehe ich an der Dreiländergrenze. Das mit elementarer Gewalt über mich gekommene Heimweh hat mich von München fortgetrieben — ich mußte die schwer bedrängte Heimat wiedersehen, ich mußte mich überzeugen, wie es dort steht. Die rauchenden Schlote, die am nächtlichen Himmel lohenden Hochöfen, die feurigen Wahrzeichen Oberschlesiens wollte ich wiederschauen, Verwandten und Freunden Mut und Trost zusprechen zum entscheidenden Kampf, ihnen sagen, daß die Heimattreuen im Reiche auf sie bauen, daß sie gewillt sind, gemeinsam mit ihnen diesen Kampf auszufechten. Aber hatte ich nötig, den Tröster, den Mutspender zu spielen? O nein! Ueberall fand ich ernste Entschlossenheit, gepaart mit einer flammenden Begeisterung für die teure, heilige Sache der Heimat. Nein, die Heimatliebe ist kein leerer Wahn. Wo immer ich auch weilte in diesen Tagen schmerzlicher Freude und mit den alten Freunden sprach, klang es laut und fest: „Sie sollen es nicht haben, unser altes, deutsches Oberschlesien." Wohl durchzitterten der Groll über die bodenlose Ungerechtigkeit, die in dem Abstimmungsbegehren überhaupt liegt, die Empörung über die den deutschsprechenden Oberschlesiern angetane Schmach und Gewalt, der tiefe Schmerz über das vergossene unschuldige Blut alle Reden. Aber, daß sich ein heimattreuer Mann oder eine heimattreue Frau durch alles Ungemach in dem Entschlusse, für Deutschland zu stimmen, hätte wankend machen lassen, das habe ich nirgendwo bemerkt. Im Gegenteil auch hier hieß es überall: „Jetzt erst recht. Hände weg von Oberschlesien!" Und so sprachen wir gerade wie wir Oberschlesier so oft in München, über die Frage: Was würde denn aus unserem Oberschlesien, was aus Deutschland werden, wenn Oberschlesien an Polen fiele?

Einmal, es war in einer gemütlichen Ecke in Kattowitz, beteiligten sich auch polnisch sprechende Landsleute an dieser Erörterung. Gerade sie waren es, die am schärfsten gegen Polen auftraten. Das einfältige Geschwätz jener Agitatoren, die mit dem Popanz der „religiösen Gefahr" für Oberschlesien schrecken, hatte bei ihnen am wenigsten verfangen. Sie wissen, was sie von der Heuchelei zu halten haben. Denn ebenso Heuchelei ist es, wenn Korfanty, seine geistlichen und weltlichen Trabanten und Helfershelfer nicht genug von dem „katholischen" Polen und dem „protestantischen" Deutschland reden können, gegen den rechtmäßigen kirchlichen Oberhirten, den Kardinal-Fürstbischof von Breslau und dessen [illegible] gesinnte Geistlichkeit aber eine Sprache führen, die wegen ihrer niedrigen Gehässigkeit geradezu einen Rekord unchristlicher Gesinnung darstellt. „Für wie dumm," so sagte mir ein polnisch sprechender Oberschlesier, „muß uns Korfanty halten, wenn er glaubt, er könne uns mit religiösen Gründen zum Verrat an Deutschlands und Oberschlesiens gerechter Sache verleiten!" Das „katholische" Polen das ist eine ebenso große Einbildung, wie der „katholische" Korfanty, von dem doch nun ungefähr jedes Kind weiß, daß er [illegible] jeder auf die [illegible] Autoritäten [illegible].

Ueberhaupt war es mir eine [illegible] Genugtuung, zu erfahren, wie klar sich die weitesten Kreise darüber sind, was einem Deutschen [illegible] würde, wenn Oberschlesien an Polen käme. Sie haben zu viel schon gehört davon, wie herrlich es im [illegible] polnischen Paradiese sich leben läßt. Da wurden mir Briefe gezeigt, die von Verzweiflung diktiert waren. Wohl war die Kaufkraft der deutschen Mark sehr gering, aber die polnische Mark gilt jetzt nur 11 bis 13 Pfennig unseres Geldes! (Gerade heute lese ich, daß die polnische Valuta an der Pariser Börse überhaupt nicht mehr notiert wird.) Die polnische Regierung hat aber sofort nach der Besitzergreifung das polnische Geld dem Nennwerte nach dem deutschen gleichgestellt. Da klagt zum Beispiel eine Dame über die enormen Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Sie schreibt, sie habe ihre auf einer Sparkasse eingezahlten deutschen 1000 Mark in zehn feinen [illegible] zu 100 Mark zurückbezahlt bekommen. Als es ihr gelungen war, sie über die Grenze zu bringen und auf einer deutschen Bank umzuwechseln, bekam sie ganze 110 Mark für die ursprünglichen 1000 Mark! Ein Herr schreibt, beim Verkauf eines Grundstückes sei die Auszahlung in deutschem Gelde wohlweislich von der polnischen Regierung bei strenger Strafe verboten worden. Ebenso verlange die polnische Regierung bis zu einem bestimmten Termin den Umtausch deutschen Geldes in polnisches, natürlich zum Nennwert, wobei sie ein glänzendes Geschäft macht, der Eigentümer